



Abendblatt. In dem Augenblicke, da die Regierungen des Vierbundes ihre Bereitschaft erklärt haben, sich mit den Feinden über den Frieden zu unterhalten, ist die Frage, welches denn die Bedingungen sind, die wir nach Vereinbarung mit unseren Verbündeten unseren Vertrauensmännern im Falle einer Annahme unserer Vorschläge mitzugeben haben, naturgemäß von höchstem Interesse, und da die Regierung begreiflicherweise sie jetzt nicht veröffentlichen kann, so lange nicht einmal feststeht, ob überhaupt die angebotene Unterhaltung zustande kommt, so ist leider der Vermutung und der Phantasie Tür und Tor geöffnet. Anders als in diesem Sinne können wir alle die zurzeit auftauchenden Mitteilungen über unsere Vorschläge nicht betrachten, auch die nicht, die der angeblich „vorzüglich unterrichtete“ Gaager Korrespondent des „Amsterdamer Handelsblads“ der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Was den Osten betrifft, so spricht dieser zweifelhafteste diplomatische Geheimnisse nur von Polen und Litauen. Sinn könnte das nur haben, wenn er unter Litauen alles zusammenfaßt, was von Polen bis nach Miga reicht. Kurland scheint er nicht zu kennen. Macht schon das seine Weisheit verdächtig, so ist die Behauptung von der Rückgabe aller besetzten Gebiete im Westen mindestens in ihrer Allgemeinheit irreführend. Gewiß hat der Kanzler sich gegen die Annexion von Belgien erklärt, aber er hat nichts davon gesagt, welche Staatsform die von uns besetzten Länder erhalten sollen, falls wir auf ihre An- oder Eingliederung verzichten und welche Hypothesen wir auf diese Länder zu unserer Sicherheit eintragen lassen werden. Der Ausdruck „Rückgabe“ könnte also nur sehr cum grano salis verstanden werden. Abgesehen von diesen Sicherheiten fehlt in der summarischen Übersicht des „Handelsblads“ Mannes vollständig die Frage der Entschädigungen, sei es in Geld sei es in anderen materiellen Leistungen, die auf europäischem oder überseeischem Boden liegen können. Aus welcher Quelle der „Handelsblads“-Artikel stammt, ist schwer zu sagen. Ob er von der Scheidemannschen Richtung beeinflusst ist oder von wem sonst, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist er mit dem Mißtrauen anzusehen, mit dem man sich jetzt gegen alle unbeglaubigten Veröffentlichungen über dieses Thema wappnen sollte.

Abendblatt.

Unsere Kriegsziele.

In dem Augenblicke, da die Regierungen des Vierbundes ihre Bereitschaft erklärt haben, sich mit den Feinden über den Frieden zu unterhalten, ist die Frage, welches denn die Bedingungen sind, die wir nach Vereinbarung mit unseren Verbündeten unseren Vertrauensmännern im Falle einer Annahme unserer Vorschläge mitzugeben haben, naturgemäß von höchstem Interesse, und da die Regierung begreiflicherweise sie jetzt nicht veröffentlichen kann, so lange nicht einmal feststeht, ob überhaupt die angebotene Unterhaltung zustande kommt, so ist leider der Vermutung und der Phantasie Tür und Tor geöffnet. Anders als in diesem Sinne können wir alle die zurzeit auftauchenden Mitteilungen über unsere Vorschläge nicht betrachten, auch die nicht, die der angeblich „vorzüglich unterrichtete“ Gaager Korrespondent des „Amsterdamer Handelsblads“ der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Was den Osten betrifft, so spricht dieser zweifelhafteste diplomatische Geheimnisse nur von Polen und Litauen. Sinn könnte das nur haben, wenn er unter Litauen alles zusammenfaßt, was von Polen bis nach Miga reicht. Kurland scheint er nicht zu kennen. Macht schon das seine Weisheit verdächtig, so ist die Behauptung von der Rückgabe aller besetzten Gebiete im Westen mindestens in ihrer Allgemeinheit irreführend. Gewiß hat der Kanzler sich gegen die Annexion von Belgien erklärt, aber er hat nichts davon gesagt, welche Staatsform die von uns besetzten Länder erhalten sollen, falls wir auf ihre An- oder Eingliederung verzichten und welche Hypothesen wir auf diese Länder zu unserer Sicherheit eintragen lassen werden. Der Ausdruck „Rückgabe“ könnte also nur sehr cum grano salis verstanden werden. Abgesehen von diesen Sicherheiten fehlt in der summarischen Übersicht des „Handelsblads“ Mannes vollständig die Frage der Entschädigungen, sei es in Geld sei es in anderen materiellen Leistungen, die auf europäischem oder überseeischem Boden liegen können. Aus welcher Quelle der „Handelsblads“-Artikel stammt, ist schwer zu sagen. Ob er von der Scheidemannschen Richtung beeinflusst ist oder von wem sonst, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist er mit dem Mißtrauen anzusehen, mit dem man sich jetzt gegen alle unbeglaubigten Veröffentlichungen über dieses Thema wappnen sollte.

Das Friedensangebot.

Eine Entfesselung der Kanzlerrede.

Wien, 15. Dezember. Alle hier eingetroffenen italienischen Zeitungen bringen einen Bericht der „Agenzia Stefani“ über die Kanzlerrede als Zirkular Depesche, aber überall fehlt der Passus, daß Deutschlands wirtschaftliche Sicherheit außer aller Frage steht. Der Hinweis auf die Größe der rumänischen Beute und der Satz: „Das Hungergepenk, das unsere Feinde gegen uns aufrufen wollten, werden sie nun selbst nicht los.“ Teils vollständig weggelassen, teils unvollständig wiedergegeben, sind die Sätze über die inneren wirtschaftlichen und moralischen Kräfte Deutschlands.

Italienische Pressstimmen.

Wien, 15. Dezember. „Corriera d'Italia“ (Merital) sagt in einem stark genurrierten Artikel, dem Angebot der Centralmächte sei nicht ohne weiteres jede Bedeutung abzusprechen, doch müsse man die Grundlagen für die genauere Prüfung abwarten.

Wien, 15. Dezember. Der „Abanti“ schreibt im lokalen Teil über den Eindruck des deutschen Anerkenntnisses in Mailand, daß die widersprechendsten Erklärungen dafür gesucht und ausgesprochen wurden. Einer nannte es ein perfides Manöver, der andere einen Akt glänzender Politik, um auf die Völker zu wirken, der dritte sah darin ein Zeugnis von Müdigkeit, wieder andere sagten, man müsse in dem Anerkennen eine Äußerung der Kraft sehen. In den Volksteilern der Vorstädte dagegen wurde die Nachricht von dem deutschen Vorschlag mit weniger Skeptizismus und mit weniger Mißtrauen aufgenommen. Im allgemeinen bemerkte man, daß der deutsche Vorschlag an sich noch nicht als entscheidender Schritt zum Frieden angesehen werden könne. Der Gedanke, der alle Unterhaltungen befehle, war der, wie werden die anderen den deutschen Vorschlag aufnehmen. Werden sie in Verhandlungen eintreten, wie die Arbeiter und Kapitalisten bei einem Streik es tun, der sowohl einen wie den anderen zugrunde richtet?

„Aea Nazionale“ sieht in Deutschlands Friedensvorschlag die fürchtbarste Kriegstat, die Deutschland bisher getan hat. Als solche muß sie in ihrem ganzen Gewicht angesehen und mit aller Energie von denen, die in den Staaten der Entente mächtig sind, bekämpft werden. Deutschland hat große Teile Frankreichs und Russlands, ferner Belgien, Serbien, Montenegro und Rumänien in Besitz. Es hat eine fürchtbare Drohung gegen Saloniki, die Organisation Griechenlands, in der Faust. Es ist in der Stellung der Stärke; in dieser Stellung des Stärken kann es Frieden anbieten und fordern. Das müssen wir anerkennen. Unsere Anerkennung und Blindheit verabscheuen, hieße an der Kraft unserer Nation hergeben. Es genügt nicht, daß die Entente diese enorme Gefahr zurückweist. Die heutige

In Rumänien: Buzău genommen.

4000 neue Gefangene.

Im Westen: Feindliche Angriffe zurückgeschlagen.

(Amtlicher Bericht.)

W.W. Großes Hauptquartier, 15. Dezember.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas verminderten die Franzosen in dreimaligem Angriff unsere, die ihnen vor kurzer Zeit auf Höhe 304 südlich von Malancourt ent-rissenen Gräben zurückzunehmen.

Südlich des Flusses setzten sie nach starker, weit ins Hintergelände schlagender Feuerbereitung zu mehrmaligen Angriffen an. Am Pfefferrücken schickerte das Vorgehen der Sturmwellen in unserer Abwehrfeuer. Auf den Südhängen vor Fort Hardanout kam der Angriff in unserer Zerstörungsfeuer nicht zur Entwicklung.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich der Bahn Loczow—Tarnopol drangen deutsche Truppen in die russischen Gräben und brachten neunzig Gefangene zurück.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Die gestrigen Angriffe der Russen an der siebenbürgischen Ostfront hatten zumeist den gleichen Mißerfolg, wie die der Vortage. Auf einer Höhe gelang es dem Gegner, Fuß zu fassen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Radensen.

Brennende Dörfer zeigen den Weg durch die große Walschi, den der Russe auf seinem Rückzuge genommen hat.

Brise ist die schwerste des Krieges; sie ist entscheidend für das Schicksal der Welt.

Die Stimmung in England.

§§h. Amsterdam, 15. Dezember. Der Korrespondent eines hiesigen Blattes meldet aus London, daß verschiedene Abgeordnete, mit denen er gesprochen habe, konservative, liberale Arbeiter-abgeordnete und irische Nationalisten sich alle darin einig wären, daß der Krieg fortgesetzt werden müsse, bis die Verbündeten das Ziel erreicht hätten. Deutschland habe England gezwungen, eine unvergleichlich große Ansee auf die Weime zu bringen. Wir warfen, so erklärten sie, die alten Traditionen über Bord, um die Dienstpflicht einzuführen. Wir brauchen eine vollständige Umwälzung in unsere nationale Industrie, um zahlreiche Munitionsfabriken zu errichten. Dies alles geschah zu einem einzigen deutschen Zweck, der erst erreicht werden muß, ehe ein dauerhafter Friede möglich ist. Die einzigen Parlamentsmitglieder, so meldet der Korrespondent weiter, welche gern gesehen hätten, daß die Alliierten den deutschen Antrag annehmen, sind eine Gruppe von Pazifisten. Sie haben beschlossen, diese Frage am Dienstag im Unterhause zur Verhandlung zu bringen.

Japan.

W.W. London, 15. Dezember. Reuter meldet aus Tokio: Die Zeitungen veröffentlichten Unterredungen mit den leitenden Persönlichkeiten der Politik, der Finanz und des Handels, in denen einmütig der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die Alliierten es ablehnen, irgend einen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der Deutschland in der Stellung vor dem Kriege oder einer dieser nahekommenen zulassen würde.

Die Kriegslage.

§§ Berlin, 15. Dezember. Im Westen war am 13. Dezember wieder lebhafteste Tätigkeit; in der Gegend von Monchy nördlich der Ancre zweimal Trommelfeuer. Nachher gingen englische Patrouillen zweimal vor, die beobachtet wurden. Auch zu beiden Seiten der Ancre selbst lebte das Artilleriefeuer auf, ferner am Walde von St. Pierre Vaasi. Südlich der Somme bei Barleuz und Prejoiere steigerte sich das Artilleriefeuer und die Tätigkeit der Winenwerfer. Rechts der Maas nahm das Artilleriefeuer am 13. heftig zu. Ein Infanterieangriff erfolgte aber nicht. Während das Feuer hier nachts abblaute, steigerte es sich gestern vormittag zu größerer Heftigkeit. Feindliche Infanterieangriffe sowohl auf dem Westufer in der Gegend der viel genannten Höhe 304, wie am Ostufer am Pfefferrücken wurden abgewiesen.

Im Osten war die Gefekstätigkeit am 13. gering. Am 14. machten deutsche Patrouillen in der Gegend südlich Gorow, westlich von Lud 90 Gefangene; außerdem brachten sie ein Maschinengewehr mit. In Siebenbürgen versuchten die Russen am 13. und 14. wieder die Rumänen durch einen Angriff zu entlasten. In Rumänien selbst geht der Feind vor unseren Truppen, die den Salomitapuz überschritten haben, zurück.

Unter ungünstigen Begebenheitsverhältnissen wetteifern die verbündeten Truppen in der Ebene, den Gegner nicht zu längerem Halt kommen zu lassen.

Im Gebirge leistet der Feind in besetzten Stellungen Widerstand. Sie wurden durchbrochen. Buzău ist genommen. 4000 Gefangene konnte die 9. Armee von gestern und vorgestern als Ergebnis melden.

Bei Fetești haben stärkere bulgarische Kräfte die Donau überschritten.

Mazedonische Front.

Teilvorstöße bei Paralovo und Gradescica (beiderseits des östlichen Cerna-Laufs) brachten dem Feinde lediglich Verluste.

Patrouillengefächte in der Struma-Niederung.

Der Erste General-Quartiermeister.

Ludendorff

lp. Buzău, am Nordrande der rumänischen Tiefebene gelegen, hat in militärischer Beziehung eine große Bedeutung. Im Frieden befinden sich hier außer einem Divisionskommando ein Regiment Infanterie und ein Regiment Feldartillerie. Als rechter Flügelstützpunkt der Linie Buzău—Braila ist diese Stadt ein wichtiger Brückenkopf, durch den die Eisenbahnstraße über den Buzău-Fluß geführt wird. Der Buzău-Fluß entspringt in den Transalpinischen Alpen und fließt anfangs nach Südosten um unterhalb von Buzău nordöstlich nach dem See bei Sibudiegen. Buzău ist der Ausgangspunkt eines gut ausgebildeten Eisenbahn- und Straßensystems, das dem Aufmarsch rumänischer Truppenteile aus der Moldau dienen sollte.

Bei Cernavoda sind die Dägenen über die Donau gegangen. Die Nachrichten über den Zustand der Brücke von Cernavoda sind verschiedenes. Über die neuerdings gemachte Beute ist zu bemerken: Am 13. wurden 24 Offiziere, 1700 Mann, fünf Maschinengewehre und vier Eisenbahnzüge genommen. Zu den Gefangenen kamen am 14. noch weitere 1300 Mann.

In Mazedonien lag die Höhe von Paralovo westlich der Cerna am 13. unter schwerem Feuer. Südlich von Paralovo und Gradescica östlich der Cerna wurden russische Teilvorstöße leicht abgewiesen. In Italien hat sich das Wetter auf das äußerste verschlechtert. Jede Gefekstätigkeit ist hier ausgeschlossen.

Von dem gesamten Staatsgebiete Rumäniens sind jetzt 65 000 Quadratkilometer besetzt mehr als die Hälfte des ganzen Gebietes.

Das Ministerium Lloyd George.

Amsterdam, 14. Dezember. (Telegramm d. Schief. Ztg.) Das Ministerium Lloyd George ist nur mühsam zustande gekommen. Es sind meistens Unbekannte, die sich da zusammenfinden, was auf eine persönliche Diktatur Lloyd Georges schließen läßt, vorausgesetzt, daß Bonar Law ihn diese Diktatur ausüben läßt. Obwohl Asquith und Grey der neuen Regierung ihre Unterstützung zugesagt haben, stellt diese auf recht schwachen Füßen. Denn es ist bekannt geworden, daß sich im ganzen bloß 303 Abgeordnete für das Ministerium Lloyd George verpflichteten, darunter nur etwa 50 Liberale, während sich 277 Abgeordnete, darunter alle Inseländer mit Einschluß der Redmondpartei, die Freiheit des Handels ausdrücklich vorbehalten haben. Auch hat man erfahren, daß die Arbeiterpartei den Eintritt ihres Vertreters Henderson in das Ministerium Lloyd George und somit die Unterstützung desselben nur mit der schwachen Mehrheit von fünf Stimmen genehmigte. Auffallend ist die Ernennung Balfours zum Minister des Äußern, nachdem die gesamte Northcliffepresse diesem Politiker schon erst Altersschwäche und politischen Unverstand vorgeworfen hatte. Daß unter solchen Umständen das „Kampfsministerium“ Lloyd George von langer Dauer sein werde, wird in politischen Kreisen Londons stark bezweifelt; es wäre denn, daß es sofort auf einem Kriegsschauplatz einen greifbaren Erfolg erringen könnte.

Das Rücktrittsgeluch Cadornas.

§§ Der „Az Est“ meldet laut „B. Z. a. M.“ aus Lugano: Mit großer Bestimmtheit erhält sich das Gerücht, daß der italienische Oberkommandierende, General Cadorna, auf das heftigste einem gemeinsamen Oberbefehl der Entente widersprochen habe. Cadorna soll nicht geneigt sein, sich den englischen Wünschen unterzuordnen, und habe daher dem Könige seine Entlassung angeboten. Der König hat sich die Entscheidung vorbehalten.

Hindenburg über Volkskrieg und -Heer.

Aus dem Berichte des amerikanischen Berichterstatters Wiegand über sein Gespräch mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg — worüber wir bereits einen breiten Auszug wiedergegeben haben — seien nach der ausführlichen Schilderung des „Tag“ noch einige bemerkenswerte Äußerungen des großen Heerführers nachgetragen. Anknüpfend an seine Bemerkungen über die amerikanischen Flottenpläne und die Hoffnungen auf die Weltfriedensidee sagte er:

Die Kriege sind Volkskriege geworden und nicht mehr Kriege gemieteter Söldner. Natürlich werden sie weniger häufig werden, weil die Völker selbst sie anzuführen haben und weil die Völker sich bemühen werden, sie zu vermeiden und sie abzuwenden. Jede praktische Methode, welche dem Zwecke dient, Kriege noch seltener zu machen dadurch, daß man einen Weg des Appells an die Vernunft anstatt an die Waffen erfindet, sollte mit Sympathie begrüßt und unterstützt werden. Aber jede Regierung, welche sich dadurch in völlige Sicherheit einlassen läßt und sich auf die passivistischen Ideen eines ewigen Friedens auf Erden verläßt und es verkümmert, sich auf eine Verteidigung der Ehre, der Ehre und der Rechte ihres Landes vorzubereiten, sündigt schwer an ihrem Volke.

Kein Volk mit einem Tropfen Mannesblut und Ehre in den Adern wird je sein Dasein und seine nationale Ehre irgend einem schiedsrichterlichen Verfahren anderer Völker unterwerfen,“ erklärte Hindenburg mit Nachdruck. „Ziehen Sie hieraus jedoch keine Schlüsse, ich sei im Prinzip gegen internationale Schlichtung von Unstimmigkeiten zwischen den Nationen. Was der Kanzler in seiner Rede vom 9. November sagte, ist für mich bezüglich der Haltung Deutschlands maßgebend. Ich möchte nur betonen, daß, so lange Menschen Menschen sind und so lange es in ihrer Gesellschaft schlechte Elemente gibt, immer die Möglichkeit bestehen wird, daß skrupellose Personen ihre Macht und ihren Willen dazu anknüpfen, die Völker dahin zu bringen, die Daseinsrechte und die Ehre anderer Nationen anzufassen; es wird also eine Grenze geben, über die hinaus keine Friedenspläne etwas vermögen. Jedes mannhaftes Volk muß darauf vorbereitet sein, seine Existenz zu verteidigen, sein Oberhaupt zu schützen und seine Rechte zu wahren. Und dies ist, was Deutschland heute tut. Daraus entspringt die wunderbare Gleichförmigkeit des gesamten deutschen Volkes — ein Geist, ein Wille.“

Im weiteren Verlaufe kam es zu einem Gespräch zwischen dem Marschall, Wiegand und Ludendorff über verschiedene Fragen der Taktik und über das Volksheer oder Miliz:

„Hat sich die Taktik des deutschen Generalstabes in diesen Kriegen bewährt?“ fragte ich (Wiegand) den Chef dieser fabelhaften Einrichtung. — „Sie hat es in der Tat“, erwiderte er. „Abgesehen von einem Flus- und einem Buhdeln ist unsere Taktik heute dieselbe wie vor dem Kriege und wird es auch nachher bleiben“, warf Ludendorff demgegenüber, der gerade zur rechten Zeit gekommen war, meine letzte Frage noch zu hören. — „Der deutsche Soldat hat eine starke Abneigung gegen das Buhdeln. Er hält es unter seiner Würde, mit dem Mantelwurf zu konkurrieren“, rief Hindenburg aus. „In der Zukunft wird noch mehr gebuddelt werden als vor diesem Kriege, aber der Stellungskrieg, besonders wie er an der Westfront zu sehen ist, wird kaum die allgemeine Taktik künftiger Kriege bilden und niemals den Bewegungskrieg ganz verdrängen“, bemerkte der Feldmarschall. „Besondere Umstände in diesem Kriege, in dem Deutschland von allen Seiten angegriffen ist, brachten dieses jedem guten Soldaten unerwünschte Stadium mit sich. Würde Deutschland an nur einer Front zu kämpfen haben, so wäre es kein Stellungskrieg, dessen kann ich Sie versichern. In Amerika zum Beispiel mit 3000 Meilen Grenze käme ein Stellungskrieg gar nicht in Frage, und es wäre ein militärischer Fehler, wollten Sie Ihre Strategie und Taktik nach den Erfahrungen des Schlieffenkrieges an der Westfront revidieren.“

Ich fragte den Feldmarschall, was aus diesem Kriege für Lehren gezogen werden könnten in bezug auf die Verwendung von gut gebildeten und unangebildeten Truppen; ob es sich gezeigt hätte, daß in Zukunft für die Heere mehr oder weniger ein Art Milizgrundlage dienen könnte.

„Deutschlands Heer wird nie eine Miliz-Armee sein können, sondern ein Heer von aufs höchste ausgebildeten Kämpfern“, erklärte Hindenburg. „Dieser Krieg hat auch die Wichtigkeit eines besonders großen und vorzüglich ausgebildeten Offizierskorps bewiesen. Wo wäre Deutschland heute ohne es? Eine wenig ausgebildete Truppe von an sich guten und tapferen Leuten kann einem Heerführer im besten Falle als Reserve dienen, aber der Unterschied läßt sich sofort herausfühlen. Er weiß genau, was gut ausgebildete Truppen leisten können, bei plötzlich ausbrechenden ist er dessen dagegen nicht so gewiß.“

Die Volksabstimmung über den Verkauf der dänisch-westindischen Inseln.

Kopenhagen, 15. Dezember. Bei der gestrigen Volksabstimmung über die Abtretung der dänisch-westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten haben 283.694 für und 157.596 Personen gegen die Abtretung gestimmt.

Die Kriegsausgaben Englands.

London, 15. Dezember. Unterhaus. Bei der Einbringung der geforderten Kredite von 400 Millionen Pfund schätzte Bonar Law die Gesamtausgabe des Finanzjahres 1916/17 auf 1915 Millionen Pfund. Das Wachstum der Ausgaben, die jetzt täglich 5 Millionen 710.000 Pfund betragen, sei in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Anleihen an die Alliierten und die übersiechenden Kommissions, die jetzt ihre Ausgaben selbst finanzieren, um 400.000 Pfund täglich zugenommen hätten. Diese Voranschläge seien ebenso gut zu den Kriegsausgaben zu rechnen, wie die bei der Anschaffung der eigenen Truppen entstehenden Ausgaben. Die Schnelligkeit, mit der man den Krieg auf einem siegreichen Abschluß bringen könne, hänge zum großen Teil von dem Umfang ab, in dem die Hilfsmittel der Alliierten an Menschen, Geld und Munition dienstbar gemacht und der gemeinsamen Sache angeführt werden könnten. Bonar Law machte Ausführungen über die ungeheure Zunahme der Munitionserzeugung, wobei er sagte, wenn er die Zahlen für 1915 und für heute angeben könne, werde der Unterschied beinahe unfaßlich erscheinen. Er erklärte sodann, es würden bei den Kosten für verschiedene Ausgaben erhebliche Ersparnisse gemacht, besonders bezüglich der Lebensmittel und der Eisenbahnen Großbritanniens. Die Gesamtausgabe seit Beginn des Krieges betrage drei Milliarden 852 Millionen Pfund. Dies sei eine gewaltige Zahl, doch halte er sie nicht für erschreckend. Er glaube, daß England seine Ausgaben in demselben Grade lange genug fortsetzen könne, um den Feind zu schlagen. Es würde nicht an finanziellen Gründen liegen, wenn England den Sieg nicht erlangen sollte.

Die Angriffe auf Briand in der Kammer.

Brüssel, 15. Dezember. Nach Berichten Honorer Blätter über die französische Kammer waren bei der Sitzung am Mittwoch die Abgeordneten fast vollzählig anwesend und die Tribünen dicht besetzt.

Ministerpräsident Briand begann seine Rede zunächst vollständig ruhig. Bei der Behauptung, in den letzten zehn Geheimnissen wurden alle die Regierung betreffenden Fragen besprochen, wurde er durch zahlreiche laute „Nein“-Rufe von der Linken und dem Zentrum unterbrochen. Seine Erklärungen zu dem Friedensangebot erfolgten unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses. Nach Schluß seiner Rede bemerkte er über die zahlreichen vorliegenden Interpellationen: er könne solche, die in der Geheimnisgebung behandelt worden seien, nicht annehmen; diejenigen, welche die Regierung angreifen wollten, hätten die Freiheit des Wortes. Die Regierung genieße die gleiche Freiheit nicht. Mit fester Stimme fügte er, indem er gleichzeitig seine Aktentasche auf den Stuhl warf, hinzu, wenn die Kammer die übrigen Interpellationen erörtern will, wird sie dabei Gelegenheit haben, zu erklären, ob sie zu der Regierung Vertrauen hat oder nicht.

Bei der folgenden Erörterung sprach zunächst Lehgues, Mitglied der parlamentarischen Kommission für äußere Angelegenheiten, der sich darüber beklagte, daß er auf verschiedene wiederholte Anfragen über die Lage im Orient von der Regierung keine Antwort erhalten konnte. Briand erklärte den Vorwurf zwar als berechtigt, daß die Antwort aber nicht möglich gewesen sei. Er fügte hinzu: Ich wollte, ich besäße keine Dokumente, um Lehgues zu antworten. Später wurde die Erörterung immer verwickelter. Die Debatte wurde unter unaufhörlichem Lärm fortgesetzt. Immer wieder ertönte die Glocke des Präsidenten, bis schließlich Briand wieder das Rednerpult bestieg und erklärte, es handle sich jetzt nicht mehr um eine Geschäftsordnungsfrage, sondern einzig darum, zu wissen, ob ein Zusammenarbeiten zwischen Kammer und Regierung möglich sei. Sodann erhielt Tardieu das Wort, der ausführte, nicht das Parlament müsse im Vertrauen gestärkt werden. Der Fehler der Regierung sei gewesen, eine öffentliche Meinung großzuziehen, deren Ergebnis sei, daß infolge der letzten Vorgänge sogar in den Dörfern tiefe Enttäuschung herrsche. Durch das Vertrauensvotum werde die Stimmung im Lande nicht gehoben, man müsse die Männer und vor allem das Oberhaupt wechseln. Violette stellte fest, daß die Stimmen, die bei dem letzten Vertrauensvotum gegen die Regierung abgegeben worden seien, nicht gegen die abgegangenen Minister, sondern gegen Briand gerichtet waren. Darauf bemerkte Briand ausdrücklich, er sei darüber von Anfang an im Klaren gewesen. Violette fragte, ob Kriegsminister Douques, dessen Verantwortlichkeitsgefühl bekannt sei, wegen seiner Berichterstattung über die Orientarmee gehen müßte. Das französische Volk, das zu allen Anstrengungen fähig sei, werde seine letzten Opfer nicht unter der Führung Briands bringen. Auch Doude glaubte, die Politik Briands sei gefährlich. Auch wenn Briand das Vertrauensvotum erhalte, werde er nicht regieren können. Maginot führte aus, er scheue nicht vor der Feststellung zurück, daß das, was in diesen beiden Jahren erreicht worden sei, weit entfernt von dem sei, was erwartet wurde. Heute handle es sich um die letzte Anstrengung. Meiner kam zu dem Schluß, daß die neue Regierung ein Versuch zur Diktatur sei. Auch Admiral Wienaim hielt die neue Regierung nicht fähig, um die Feinde aus dem Lande zu verjagen.

Schließlich führte Briand aus, er verjage nicht, auf die leidenschaftlichen, gegen seine Person gerichteten Angriffe zu antworten. Wenn es den Abgeordneten nötig erscheine, daß ein Mann, so oft er mit seinem Vorhaben kein Glück habe, ersetzt werden müsse, so müßten sie danach handeln. Nach den Ereignissen der letzten acht Tage dürfe man aber nicht sagen, daß die Regierung nicht halte, was sie verspreche.

Bei der Bekanntgabe des Endergebnisses der folgenden Abstimmung hörte man links einige Rufe, die die Abdankung der Regierung verlangten.

Das Salonikiabenteuer.

Amsterdam, 14. Dezember. (Telegramm der Schleyischen Zeitung.) Zwischen Paris und London findet ein lebhafter und vertraulicher Meinungsaustausch über die Frage statt, ob es angesichts des Zusammenbruchs Rumaniens nicht ratsam wäre, das Salonikiunternehmen vollständig aufzugeben. Während Briand noch immer an dem Plane festhält, vertreten die englischen Militärkreise die Ansicht, daß Sarraills Heer auf dem Balkan jetzt keinen praktischen Zweck mehr zu erfüllen habe. Maßgebend für diesen Standpunkt ist zunächst die Befürchtung, daß Madensens sich jetzt mit freigeordneten Truppen gegen Saloniki wenden könnte, dann aber auch die wachsende Gewißheit, daß Griechenland schließlich an der Seite der Mittelmächte in den Weltkrieg treten werde. Deshalb sind die englischen Militärkreise, die übrigens von allem Anfang an Gegner des Briand'schen Abenteuers waren, zu der Meinung gelangt, daß es ratsam wäre, das in Saloniki geführte Heer Sarraills in Sicherheit zu bringen und anderswo nützlicher zu verwenden.

Amsterdam, 15. Dezember. Zuverlässigen Meldungen zufolge sind in Saloniki auf mehreren Plätzen Feuerbrünste und Hevöiten ausgebrochen.

Der bulgarische Bericht.

Sofia, 14. Dezember. (Amtlicher Bericht.) Mazedonische Front. In der Gegend von Monastir (Bitolia) geringes Artilleriefeuer. Wir setzten einen feindlichen Fesselballon südlich von Monastir (Bitolia) in Brand. Im Cernabogen lebhafteste Tätigkeit der feindlichen Artillerie, besonders um Baralovo. östlich der Cerna schlugen wir einen feindlichen Angriff zwischen Gradestnica und Karnova zurück. In der Gegend von Moglena schwaches feindliches Artilleriefeuer, lebhaft aber wirkungslos Tätigkeit der feindlichen Flieger über und hinter unseren Stellungen. An der Front der Velasica Planina Artilleriefeuer und Patrouillengefächte. In beiden Seiten der Struma vereinzelte feindliche Kanonenschüsse und kleine Patrouillengefächte. An der Front am Agäischen Meere, in der Gegend von Drama ergebnislose feindliche Lufttätigkeit. Bei Dogat schossen wir ein französisches Flugzeug ab. Seine Insassen, der französische Leutnant Jean Regad und Unteroffizier Jean Legaleski, wurden gefangen genommen.

Rumänische Front: In der Dobrubtscha geringes Artilleriefeuer und Patrouillengefächte. In der östlichen Walachei dauert der Vormarsch des verbündeten Heeres fort. Vorgeschobene Abteilungen unserer Truppen, die die Donau bei Tutrafan, Silistria und Cernavoda überschritten, erreichten die Bahnstrecke Bukarest-Petesti. An der Front am Schwarzen Meer beschossen russische Schiffe Baltisch. Vier Einwohner wurden getötet, fünf verletzt.

Die nationalliberale Reichstagsfraktion an den Reichskanzler.

Der Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion hat in Ausführung des von der Fraktion in ihrer Sitzung vom 12. d. M. einstimmig gefaßten Beschlusses am 14. d. M. an den Reichskanzler das nachstehende Schreiben gerichtet:

Euer Excellenz
beehren wir uns namens der nationalliberalen Fraktion, ganz ergebenst folgendes als einmütige Willenserklärung der Fraktion mitzutheilen. Sowohl in der polnischen Frage, als namentlich in der Frage des Friedensangebotes ist der deutsche Reichstag vor vollendete Tatsachen gestellt worden, ohne daß ihm zuvor Gelegenheit gegeben wurde, seine Ansicht zur Geltung zu bringen und bei der Lösung der Fragen mitbestimmend oder auch nur mitberathend mitzuwirken. Diese Ausrichtung des Reichstages scheint auch bezüglich der Friedensbedingungen bereits vollendete Tatsache zu sein, denn die an unsere Feinde gerichtete Note vom 12. d. M. enthält den Satz, daß die vier verbündeten Mächte zu den Friedensverhandlungen Vorschläge mitbringen werden, die nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens bilden. Die Friedensbedingungen stehen also fest; sollten sie von unseren Feinden angenommen werden, so ständen wir vor der Tatsache, daß dem deutschen Volke ein Frieden befohlen würde, bei dessen Gestaltung es mit keinem Wort hätte mitwirken können.

Euer Excellenz haben uns wiederholt mit Worten, die uns alle tief betrogen, von der stillen Größe, der beispiellosen Aufopferung und Hingabe, dem wunderbaren Geist des deutschen Volkes gesprochen. Als Vertreter dieses Volkes, das eine Selbstergebenheit und eine Opferwilligkeit ohne Gleichen gezeigt und den Krieg als einen Volkskrieg im besten Sinne des Wortes aufgefaßt und geführt hat, müssen wir Anspruch darauf erheben, daß ihm künftig die Möglichkeit gegeben wird, durch den Wamb des Reichstages seine Stimme zu erheben und mitzuwirken bei der folgenreichsten Entscheidung, vor die je ein Volk gestellt worden ist. Diese Entscheidung, von der die ganze Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes abhängt, erfordert gebieterisch, daß zwischen der Regierung und dem durch den Reichstag vertretenen Volke ein Vertrauensverhältnis bestehe, das wir jedoch durch die bisherige Ausrichtung des Reichstages für gefährdet erachten.

Wir sprechen diese Worte im vollen Bewußtsein ihrer Tragweite aus; Pflicht und Gewissen gebieten uns, Euerer Excellenz rückhaltlos unsere Meinung kundzutun und nachdrücklich zu fordern, daß dem Reichstag bei allen mit der Gestaltung der Verhältnisse nach dem Kriege zusammenhängenden Fragen die ihm gebührende Stellung eines gleichberechtigten Teiles eingeräumt werde. Mit vorzüglicher Hochachtung Euerer Excellenz ergebenster Vorstand der nationalliberalen Reichstagsfraktion. Wassermann, Prinz zu Schönau-Carolath, Partling, Dr. Wankenhorn, Dr. Jund, List (Ehlingen), Schiffer (Magdeburg), Dr. Strefemann.

Die Leistungen unserer Flieger im Westen.

Berlin, 14. Dezember. Ein englisches Telegramm aus Carnabon vom 6. Dezember 1916 berichtet, daß die Leistungen der deutschen Flieger im Monat November geringer gewesen seien, als in den vorhergehenden Monaten. Die Engländer hätten 24 deutsche Apparate vernichtet, 7 erbeutet und 26 beschädigt, außerdem hätten Marineflugzeuge noch 5 Flugzeuge abgeschossen. Es genügt, diesem Bericht folgende amtliche Veröffentlichung über eigene und feindliche Flugzeugverluste im Monat November gegenüber zu stellen:

Gegenüber einem eigenen Gesamtverlust von 27 Flugzeugen auf der Westfront vor und hinter der Kampffront verloren die englischen und französischen Flieger ebenfalls an der Westfront im ganzen 90 Flugzeuge; davon fielen 39 in unsere Hand und zwar 27 englische und 12 französische, 50 wurden jenseits der feindlichen Linien einwandfrei abgeschossen, eins jenseits der Linien zur Landung gezwungen. Die näheren Angaben über die in unsere Hand gefallenen 39 feindlichen Flugzeuge, soweit Namen und Nummer noch erkennbar, gibt nachfolgende Liste:

- Englische Flugzeuge.
10 Vickers-Doppeldecker Nr. 7010, 6409, 2543, 7925, 400 und 2807 mit den Insassen: Captain Kemperton, Leut. Col. St. Evans, Lt. Curlew, Captain Volton, Henry Arthur Hollow, Lt. Georg Doughty, Lt. Gilbert Stalb, Lt. Robert Corbett, Major Hawter.
5 F. E.-Doppeldecker Nr. 7624, 6454 mit den Insassen: Captain Matilebeck, Lt. Dan.
4 B. E.-Doppeldecker Nr. 2508, 2508, 4019 mit den Insassen: Lt. Knight, Unterlt. R. Cameron, Lt. Ch. Clarke, Lt. W. Blahney.
4 Sopwith-Doppeldecker Nr. 9377, 1903, 5190, 5947 mit den Insassen: Lt. Neill, Sergeant Robert Evans, Lt. N. Vetram, Lt. 2 Newport-Doppeldecker Nr. 17126, 1697 mit den Insassen: Lt. Spencer, Sergeant Rogas Elias.
2 von nicht erkennbarem Typ Nr. A 2777/1704. Insassen: Unterlt. R. C. Crawford.
Französische Flugzeuge.
8 Newport-Doppeldecker Nr. 1884, 1748, 1797 mit den Insassen: Adjutant Raoul Monrozeau, Sergeant Koelner.
3 Coudron-Doppeldecker Typ 6 Nr. 1636/839 mit den Insassen: Unterlt. Jules Seleu, Unterlt. Leon Gudon, Unteroffiz. Desprat, Unteroffiz. Roger Girard, Serg. Robert Laqueffe.
1 Farman-Doppeldecker Nr. 2484 mit den Insassen: Lt. Pierre Soub, Adjutant Lucien Charbonnier.

Bei den anderen an der Westfront in unsere Hände gefallenen feindlichen Flugzeugen konnten die Nummern der Apparate und die Namen der Insassen nicht festgestellt werden, weil die Flugzeuge durch Abwurf, Feuer oder Vollertrichter vollständig zerstört worden sind.

Verschiedene Mitteilungen.

Wien, 15. Dezember. Frau Prinzessin Soachim von Preußen ist heute nacht 2 Uhr 20 Minuten von einem Sohn glücklich entbunden worden.

W. In diesen Tagen hat die größte und umfangreichste Feldzeitung der Ostfront, die in Wilna erscheinende Zeitung der 10. Armee, auf ein Jahr erfolgreicher und gegenreicher Tätigkeit zurückblicken können. Sie ist in Wort und Bild von größter Reichhaltigkeit und Mannigfaltigkeit und wehrt in ihren reichhaltigen Aufsätzen, Geschichten, Gedichten, Sammelberichten usw. den rechten Ton zu treffen. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich diese Feldzeitung unter ihrem Schriftleiter, Leutnant der Reserve Hans Urbach, unter schwierigen Verhältnissen zu einer jeden zweiten Tag erscheinenden großen achtseitigen Zeitung entwickelt, die sich nicht nur bei den Soldaten an der Front ihren Platz erworben hat, sondern auch in der Heimat eine große abhängige Lesergemeinde besitzt.

Neue Kardinäle.

W.D. Köln, 15. Dezember. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: Der Papst hat Fürstbischof Dr. Vertram, Breslau, und Fürstbischof Grafen Gyn die Kardinalwürde in petto zugebacht.

Die Walachei als Kornkammer.

D. Nach den Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 8. d. M. sind die bisher besetzten Gebiete Rumäniens mit zwei Drittel an der auf 4 400 000 Tonnen veranschlagten Getreideernte beteiligt. Diese Gebiete umfassen hauptsächlich die Große und die Kleine Walachei. In dieser Provinz prägen sich die Kennzeichen der rumänischen Landwirtschaft am reinsten aus: Stark vorherrschender Großgrundbesitz und einseitig ausgeübte Getreidebau bei Vernachlässigung der übrigen Kulturen (insbesondere des Gemüsebaues) und der Viehzucht.

Die Bodenbeschaffenheit der Walachei ist sowohl in den Gebirgstälern wie in den Hügel Landschaften und dem territorial überwiegenen Flachlande vorzüglich. Eine durch geologische Vorgänge entstandene starke Decke von Löss und toniger Fetterde bedeckt das Land, insbesondere in den Flußtälen. Dieser Boden bildet die Grundlage einer einzigartigen Fruchtbarkeit und ermöglicht es bisher, mit geringen Mengen von Arbeit und Kapital Magazinerträge zu erreichen. Der Lössboden ist schwarz oder dunkelbraun und erinnert an die russische Schwarzerde. Die chemische Zusammensetzung der bis zu einem Meter starken Humusschicht ist äußerst günstig. Der Phosphorgehalt ist besonders auffallend, und soll stellenweise für mehr als 500 Ernten ausreichen.

Gebaut wird fast ausschließlich Mais und Weizen, wozu die übrigen Getreidearten zurücktreten. Der Mais gedeiht vorzugsweise im niederschlagsreichen Hügellande, während der Weizen in den von einem sehr heißen Sommer durchwärmten feuchten Böden des Flachlandes am besten fortkommt. Die Maisernte blieb in früheren Jahren bis zu zwei Dritteln im Lande und diente als Grundlage der Viehfütterung und besonders der Volksnahrung („Mamaliga“, das rumänische Nationalgericht, ein Maisbrei). Gerade durch der starken Inlandsverbrauchs an Mais wurde die gewaltige Weizenausfuhr bis über die Hälfte der jährlichen Erntehöhe möglich gemacht. Dem rumänischen Weizen wird bei großer Weichheit starker Klebergehalt nachgerühmt, der ihn zur Mischung mit dem Kleberarmen deutschen Weizen besonders geeignet erscheinen läßt.

Besonders eigenartig liegen in der Walachei die landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse. Von den 4 880 000 Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche entfallen 3 280 000 Hektar auf 3280 malachische Großgrundbesitzer. 307 000 Bauernstellen haben unter 3 Hektar und etwa 200 000 Bauern sind überhaupt ohne Land. Die kleinen und besitzlosen Bauern sind daher auf Pachtungen angewiesen. Dabei treten Pachtungen gegen Geld zurück hinter solche gegen Arbeitsleistungen und Naturalabgaben. Bei diesem, den Bauernstand sehr bedrückenden Arbeitsystem (sogenannte walachische Anteilswirtschaft) wird in der Regel ein Drittel bis zur Hälfte des Guts an die Bauern verpachtet, der Rest von ihnen gegen Lohn bearbeitet. Dabei kommen auf ein Dutzend ständiger Knechte und einen Stab von Inspektoren Hunderte von Bauern an ihre Pacht abarbeitende Anteilhaber. Die Anrechnung der Löhne erfolgt vor Einziehung des Maises, da dieser als zuerst eingebrachte Getreidefrucht dem Grundbesitzer Gelegenheit zu etwaiger Schadloshaltung für seitens der Bauern angebliebene oder wirklich nicht erfüllte Verpflichtungen bietet.

In der rumänischen Viehzucht nimmt nur die Schafzucht eine hervorragende Stelle ein, die mit 5 855 000 Stück die in Deutschland gehaltene Zahl um 200 000 übertrifft. Über zwei Drittel des Schafbestandes entfallen gleichfalls auf die Walachei.

Schlesien.

Evangelischer Bund.

Der Schlesische Hauptverein des Evangelischen Bundes hielt in Breslau seine Winter-Gesamtvorstandssitzung ab, zu der zahlreiche Abgeordnete aus der ganzen Provinz erschienen waren.

Nach einem Gebet des Pastors prim. Drescher aus Breg, begrüßte der Vorsitzende Prof. D. Hoffmann die Abgeordneten und teilte mit, daß die neugegründete Organisation des Hauptvereins sich durchaus bewährt habe. Er gab ferner der Versammlung davon Kenntnis, daß die verw. Frau Oberleutnant von Magdorff in Schneidnitz dem Gesamtbunde eine Spende von 10 000 Mark überwiesen habe, was mit lebhaftem Danke begrüßt wurde. Pastor prim. Lic. Bickermann, der Vorsitzende des Schlesischen Hilfsauschusses zur Unterstützung der evangelischen Kirche in Österreich, konnte berichten, daß es durch die treue Hilfeleistung des Vereines Hilfsauschüsse und Vertrauensmänner gelungen sei, das Unterstützungswort auch in der schweren Kriegszeit durchzuführen. Der Bescheid des Vereines ist durch fortgesetzte Besuche der Zweigvereine auch im Jahre 1915 aufrecht erhalten worden. Neben dem schlesischen Wanderredner wird den Zweigvereinen demnächst auch wieder ein ostpreussischer zur Verfügung stehen, um über die Lage der dortigen Glaubensgenossen in der Kriegszeit zu berichten.

Bezüglich der Reformations-Jubiläum nahm die Versammlung noch die grundlegenden Ausführungen des Superintendenten Schulze (Oblau) einstimmig folgende Entschließung an:

Der Gesamtvorstand des Schlesischen Hauptvereins richtet an die Vorstände der Zweigvereine die Bitte, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß baldmöglichst in den Gemeinden Ausschüsse ins Leben treten, die fortlaufend für würdige und fruchtbringende Feiern des Reformations-Gedenktages Sorge tragen, die in der Feier des 31. Oktober 1917 ihren Höhepunkt erreichen.

Die mehrfach durchgeführte Musterparade für Zweigvereine wurde auf Grund des vom stellvertretenden Vorsitzenden Geh. Justizrats Gamble (Schreiberhau) erstatteten Berichtes einstimmig genehmigt. Auf Vorschlag des Pastors prim. Lic. Bickermann fand folgende Entschließung über Kalenderreform-Vorschläge einstimmige Annahme:

Der Gesamtvorstand des Schlesischen Hauptvereins stellt für den Fall, daß endlich an eine Kalenderreform gedacht wird, die unbedingte Forderung, daß der Reformationsstag, der 31. Oktober, nicht aus dem Kalender gestrichen, vielmehr endlich bei dieser Gelegenheit als gesetzlich geschützter Feiertag anerkannt werde.

Den durch den Krieg schwer bedrängten evangelischen Glaubensbrüdern in Liebenbürgen wurden aus dem Dispositionsfonds 100 Mk. bewilligt. Die anregenden, im Geiste völliger Einmütigkeit geführten vierstündigen Verhandlungen wurden um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Freitag, Mittwoch, 13. d. Mz. fand unter dem Vorsitz des Landrats von Hoffmann ein Kreisrat des Kreises Neustadt statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem am 22. Juni d. Jz. verstorbenen Kreisratsvorsitzenden und Kreisratsabgeordneten, Amtsvorsteher Adalbert Geisler in Wolpertshagen einen Nachruf. Sodann wurde der Bericht zum Verbands der Kreisratlichen Landkreise beschlossen. In diesem Zweck sollen 150 Mark in den nächsten Etat eingestellt werden. Die Hundsteuer wurde von 3 Mark jährlich auf 6 Mark jährlich für jeden ersten Hund einer Wirtschaft und 20 Mark für jeden weiteren Hund erhöht. Die Erhöhung tritt am 1. April 1917 in Kraft. Die Kreisrechnung für das Rechnungsjahr 1916 wurde in Einnahme auf 1 527 629 Mark und in Ausgabe auf 1 503 207 Mark und der Bestand auf 24 881 Mark festgesetzt. Die Rechnung des Sicherheitsvermögens für das Rechnungsjahr 1916 wurde in Einnahme und in Ausgabe auf je 1902 Mark und die Rechnung der überhörsfähige für 1915 in Einnahme und Ausgabe auf je 2 109 Mark festgesetzt. Der Vorschlag über die Ausgaben an Verwaltungskosten der Kreispartikale für das Rechnungsjahr 1917 wurde auf 1800 Mark festgesetzt. Sodann wurden Wahlen vorgenommen.

8. Dienstag, 15. Dezember. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurden die besetzten Magistratsmitglieder Stadtschulrat Dr. Weidemann und Stadtrat Dr. Reichert auf eine zwölfjährige Wahlperiode wiedergewählt. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wurden für gültig erklärt. Die ungeteilte Arbeitszeit in den städtischen Dienststellen, die der Magistrat einführen will, fand lebhafteste Gegenwehr in der Versammlung, weil man verlangte, daß im Hinblick auf die städtische Nahrungsmittelversorgung, auf die ein großer Teil der Bevölkerung angewiesen ist, diese verlangen könne, daß die städtischen Bureaus den ganzen Tag geöffnet sind. Die Ersparnis an Kohlen und Licht solle nicht ins Gewicht. Bei der Beschaffung der Butter durch die P.-E.-G. in Berlin hat die Stadt 3500 Mark Verlust gehabt, die die P.-E.-G. zu erstatten verpflichtet. Die Sache soll nun im ordentlichen Reichswege weiter verfolgt werden, nach dem sich das Schiedsgericht für unzuständig erklärt hat. Der Oberbürgermeister erklärte sich gegen die Beschneidung des Regelsweges, weil er ihn aussschließlich erseheine. Die städtische Fürsorgestelle, die sich große Mühe gibt, Arbeit für die hiesigen Kriegserfrauen zu erlangen, hat auf längere Zeit für 540 Arbeiterinnen Beschäftigung erlangt.

10. Dienstag, 14. Dezember. Die Stadtverordneten stimmten heute dem Antrag des Magistrats betreffend die Anstellung eines zusätzlichen Hilfsarbeiters zu und bewilligten die hierfür erforderlichen Mittel bis Ende 1916 aus dem Haupt-ertragskontingent. Der zum dritten Male auf der Tagesordnung stehende Antrag des Magistrats betreffend die Bildung einer Gesellschaft m. b. H. für die Mehrverteilung wurde von den Stadtverordneten abgelehnt, weil sie sich von der Zweckmäßigkeit einer solchen Einrichtung nicht überzeugen konnten. Hierbei erzwang sich eine längere Aussprache über die Versorgung der Einwohner mit Lebensmitteln. Stadtverordneter Kaufmann Burmann brachte verschiedene Mißstände zur Sprache. Er schlug vor, dem Magistrat einen kaufmännischen Leiter aus dem Kreise der Kaufleute beizugeben. Vom Magistrat hob demgegenüber Oberbürgermeister Wiehe hervor, bei der jetzigen Versorgung mit Nahrungsmitteln durch die Zentral-Einkaufsgenossenschaft falle der Stadtverwaltung nur die Aufgabe der Verteilung an. Angebote seitens der Zentral-Einkaufsgenossenschaft seien erwerbbar anzunehmen oder abzulehnen. Die Mehrheit der Stadtverordneten pflichtete dem Magistrat bei, empfahl aber die gegebenen Anregungen zur Berücksichtigung. Betreffend die Festschließung eines Haushaltsplanes für das Jahr 1917 wurde beschlossen, von einer Neuaufstellung Abstand zu nehmen und dem Rechnungsjahre 1917 die Pläne der verflochtenen Kriegsjahre zugrunde zu legen. Von dem Jahresabschlusse der Stadthauptkasse für das Rechnungsjahr 1915 wurde Kenntnis genommen. Danach betragen die Einnahmen 8 859 000 Mark, die Ausgaben 9 999 000 Mark, so daß ein Fehlbetrag von 1 140 000 Mark entstanden ist, dem 183 000 Mark an Steuerresten gegenüber stehen. Einen Fehlbetrag von 50 354 Mk., der im Schlachthofetat entstanden ist, beschloß die Stadtverordneten dem Magistratsantrage entsprechend aus den Voranschlägen für Kriegsanlagen zu bedenken. Der als Mittglied der Schulkommission ausgeschiedene Professor Schubert wurde wiedergewählt. Hierbei gelangte eine von den Volksschullehrern an das Magistratskollegium gerichtete Petition um Ferienzulagen zur Verlesung und Besprechung und wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung empfohlen. Zuletzt gelangte das Projekt eines in Laband in der Neuanlage begriffenen städtischen Wasserwerkes und dessen teilweiser Ausbau zur Beratung.

15. Dezember. Der Stadthauskeller, der bisher eine Jahrespacht von 7000 Mark brachte, wird zum 1. April 1917 geschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung hat in der gestrigen neunten Sitzung beschlossen, den am 31. März 1917 ablaufenden Mietvertrag mit dem Bankier Gotthardt von Wallenberg-Bachalb nicht zu verlängern. Aber die Zukunft des Kellers sind noch keine Beschlüsse gefaßt. Zunächst wird er einer umfassenden Erneuerung bedürfen. Seine Neupachtung unter anderen als den bisherigen Bedingungen wird wohl erst nach dem Kriege erfolgen.

Für die städtischen Markthallen ordnet eine vom 12. Dezember datierte und mit ihrer Veröffentlichung im „Intelligenzblatt“ in Kraft getretene Polizeiverordnung an, daß die Hallen für den Marktverkehr im Winter, d. h. bis einschließl. 31. März 1917 an den Wochentagen täglich nachmittags statt von 5 bis 8 Uhr abends (an den Sonnabenden bis 9 Uhr abends) nur von 5 bis 7 Uhr abends und an den Sonnabenden bis 8 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

Der Verkauf der Christbäume hat gestern begonnen. Man sieht nicht so viele Verkaufsstellen, als in anderen Jahren, namentlich die zahlreichen kleinen Stände in den Vorstädten fehlen zum Teil. Ein Hauptmarkt ist wie immer auf dem Blücherplatz. Unter den Bäumen überwiegen die Nichten, von denen kleine Exemplare schon für 50 Pfennige zu haben sind.

Beim Kriegsmietamt gingen im November an neuen Anträgen ein 409, früher erledigte Anträge wurden wieder aufgenommen 156. Von den neuen Anträgen gingen 202 von Mietern, 142 von Vermietern und 65 von Nationalen Frauen dienste aus. Vor dem Einigungsamt wurden erledigt 346 neue, 141 wieder aufgenommenen Sachen. Erledigung fanden durch Vergleich 212 und 64 darunter ohne Abzug von der Wehrunterstützung 158 und 39, mit Abzug 51 und 24, und 3 und 1 Fall betrafen Nichtwehrmannsfamilien. Durch Ablehnung wegen Unzuständigkeit wurde eine wieder aufgenommene Sache, und durch Vermittlung an die Beschlusskommission nach ergebnisloser Verhandlung vor dem Einigungsamt, insbesondere wegen Stellung eines Antrags auf Kürzung der Wehrunterstützung, wurden zwei neue und 14 wieder aufgenommene Sachen erledigt, und durch Begleichung in anderen Fällen, z. B. wegen Nichterscheins, oder weil beide Parteien erklärten, es liege zurzeit kein Streitfall vor, 132 neue und 62 wieder aufgenommene Sachen, z. B. Fälle des Lieferungsverbandes, des Nationalen Frauen dienstes und anderer Kriegswirtschaftsbeziehungen sind bewilligt worden bei 226 Sachen. Vor der Beschlußkommission fanden Erledigung 285 Fälle, und zwar durch nachträglichen Vergleich eine, durch Spruch mit Zustimmung des Lieferungsverbandes, des Nationalen Frauen dienstes und anderer Kriegswirtschaftsbeziehungen 165 und 22, und mit Abzug von der Wehrunterstützung 12 und 9 Fälle, durch Entscheidung über wichtigen Grund zum Rücktritt vom Veraleich vier wieder aufgenommene und durch Begleichung, teilw. zur Entscheidung

nicht geeignet, eine neue und fünf wieder aufgenommenen Sachen. Die bei den neuen Anträgen in Frage kommenden Mieträume waren in 314 Fällen Wohnungen, in sieben Geschäftsräume, in 25 Fällen vereinigt.

Aus den Polizeilichen Meldungen. Geisler wurden: am 12. Dezember, nachmittags, eine mit L. 6882 gezeichnete Kiste mit Stenographen, die zwischen Marktallgasse und Mühlener-Döle niedergelegt war. Aus dem Richtig des Hauses Kleinburgstraße 18 am 11. Dezember, abends, ein Haase. Aus dem Hof des Hauses Leutenstraße 47 am 13. Dezember, nachmittags 5 Uhr, ein zusammenklappbarer Kinderpottwagen. Von einem Kollwagen am 11. Dezember, nachmittags, auf dem Wege vom Bahnhof-West nach dem Stadttorn eine mit P. N. S. u. S. 4964 gezeichnete Kiste, 35 Kilogramm schwer, die Zigarren in kleinen Kisten enthielt. Vor dem Grundstück Westergasse 25 am 12. Dezember, abends 7 Uhr, von einem Kollwagen zwei Pakete, gezeichnet O. K. 87, in denen sich je 5 Kisten mit Harzer Käse befanden. — Zeitgenossen wurde eine junge Taschendiebin, die am 4. und 5. Dezember mehrere Geldbeutel vor dem Schaufenster eines Warenhauses auf dem Ring entwendet hatte 2 Geldbeutel mit Inhalt in Beschlag genommen worden. Beschlagnahmen wurden ferner mehrere Geldtaschen, die im September und November in 2 Wirts- und in einem Milchgeschäft auf der Bahnhofstraße gestohlen worden sind. Die Eigentümer mögen sich im Zimmer 50 des Polizeipräsidiums melden.

Am Mittwoch, nachmittags gegen 12 1/2 Uhr, stieß ein Zug der Straßenbahnlinie 5 auf der Obauer Straße, Ecke Schühelände, mit einem beladenen Kistenwagen zusammen. Der Kistenwagen des Zuges wurde stark beschädigt und der Kutscher des Kistenwagens trug Verletzungen an der rechten Hand davon. — Ein Arbeiter geriet in der Dürrgauer Gasanstalt am Donnerstag, vormittags 9 Uhr, zwischen zwei mit Reis beladene Waggons und wurde an der rechten Hand schwer verletzt, jedoch er nach dem Wenzel-Gonde-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ein an Krämpfen leidender Mann wurde am Donnerstag, abends 10 Uhr, als er am offenen Fenster seiner Wohnung im 4. Stock des Hauses Lanne Gasse 68 sich befand, plötzlich von einem herabstürzenden Anfall befallen und stürzte durch das Fenster hinauf. Er erlitt einen Schädelbruch und wurde nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft.

Handelsteil.

Swargel- und Erbsen-Konferenzen.

In mehreren Wittern wird die Nachricht verbreitet, daß der Abzug von Swargel- und Erbsenkonferenzen für die Zeit vom Mitte Dezember ab freigegeben sei. Die Nachricht ist unzutreffend. Die Freigabe ist erst für das nächste Jahr geplant, auch wird voraussichtlich eine bederbliche Verteilung eingerichtet werden. Auf die hohen Strafbestimmungen wird erneut hingewiesen.

* **Versammlung Breslauer Börseninteressenten.** Breslau, 15. Dezember. Die private Börsenversammlung widmet weiter ihr volles Interesse der Frage des Friedensangebots und ebenso den Auslassungen der feindlichen Blätter darüber. Im Zusammenhang damit war die Geschäftslust wieder sehr gering, wobei allerdings auch das Herannahen des Jahreswechsels mitbewirkt ist. Auf dem Bergverwaltungen war die Stimmung schwächer, namentlich wurden Oberschl. Eisenindustrie und Oberschl. Eisenbahnbedarf stärker davon betroffen und weisen Rückgänge auf. Von den übrigen Industriezweigen lagen Textilwerte fester, namentlich Erdmannsdorfer Spinnerei. Zellstoffaktien konnten ihren Wertstand gut behaupten. Am Markte der heimischen Fonds wurden Schlesiische Pfandbriefe lebhafter beachtet, Staatsanleihen waren höher, Schlesiische Bodencredit-Pfandbriefe waren gefragt. Täglich fließbares Geld ist flüssig.

Berlin, 15. Dezember. Auslandswechsel. Antliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Goldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

Wsk.	15.	14.	Wsk.	15.	14.
— New-York 1 Doll.	5,72 G	5,77 G	5 1/2 Norwegen 100 Kr.	166 1/2 G	167 1/2 G
do.	5,74 B	5,79 B	do.	166 1/2 G	167 1/2 G
4 1/2 Holland 100Guld.	239 1/2 G	238 3/4 G	4 1/2 Schweiz 100 Fr.	116 1/2 G	116 1/2 G
do.	239 1/2 B	239 1/2 B	do.	117 1/2 G	117 1/2 G
5 Dänemark 100 Kr.	163 G	164 G	5 Ost.-Ung. 100 Kr.	63,95 G	63,95 G
do.	163 1/2 B	164 1/2 B	do.	63,05 B	64,05 B
5 Schweden 100 Kr.	171 1/2 G	171 1/2 G	6 1/2 Bulgarien 100Lewa	79 1/2 G	79 1/2 G
do.	172 1/2 B	172 1/2 B	do.	80 1/2 B	80 1/2 B

B. Eisenbahnmateriale-Vereinigung Akt.-Ges. in Berlin. Für das Geschäftsjahr 1915/16 verzeichnet dieses den Linke Hoffmann-Werke nachfolgende Unternehmen bei denen das Vorjahr verdoppelten Abschreibungen in Höhe von 276 584 (185 576) Mark einen Reingewinn von 106 754 (118 604) Mark, der wiederum nicht zur Verteilung gelangt, sondern mit 140 000 Mark einer Sonderdividende zugewandt wird, während 56 754 (118 604) Mark als Vortrag Verwendung finden.

* **Breslau, 15. Dezember.** Sämereien (Festsetzung der städtischen Marktnotierungskommission.) Der Markt war bei fehlendem Angebot unverändert. Rice und Grassaaten unverändert.

Sport.

[**Vermischte Sportnachrichten.**] Zur Verbesserung gemeinsamer Ziele in der Landespflege und dem Reissport werden demnächst in Wien Zusammenkünfte stattfinden zwischen Vertretern des Unionklubs und der Jockey-Klubs für Österreich und für Ungarn. Die Verhandlungen sollten bereits früher stattfinden, mußten aber infolge des Unfalls des Herrn von Oppenheim, der der Abordnung der Technischen Kommission des Unionklubs angehört, verschoben werden. Von deutscher Seite nehmen an den Verhandlungen noch teil Herr U. von Dörzen und Graf Metternich. Zur Sprache wird vorwiegend eine erhöhte Öffnung deutscher Renner für die Vertreter der nachbarlichen Jucht auf jenen Plätzen, die sich in dieser Beziehung allzu ablehnend verhalten haben, kommen. Angestrebt wird von deutscher Seite auch die Errichtung einer Nennungsstelle für ungarische große Renner beim Unionklub, wie sie für Österreich schon besteht. Die Technische Kommission des Unionklubs hat, wie die „Sport-Welt“ erfährt, beschlossen, dem hannoverschen Rennverein bei Veranstaltung seiner großen Rennwoche im nächsten Jahre entgegenzukommen. In der Zeit vom 1. bis 9. August sollen in Berlin keine Rennen abgehalten werden. Sollte der Kölner Rennverein am 12. August festhalten wollen, so soll die hannoversche Rennwoche am 3. August beginnen und am 10. zum Abschluß kommen. Der Große Preis von Hannover wird auf den Schlußtag gelegt. Von den Hauptereignissen, die bisher sämtlich nur den inländischen österreichisch-ungarischen und dänischen Pferden vorbehalten waren, hat der Verein den Preis vom Schloß, die über 3000 Meter fahrende Steherprüfung, auf sämtliche dreijährigen und ältere Pferde aller Länder ausgedehnt, jedoch mit der Einschränkung, daß diese im Besitz von Staatsangehörigen Deutschlands, der letzteren im gegenwärtigen Krieg verbündeten Länder, sowie neutraler Länder sein müssen. — Die stollose Wertsteigerung allen Pferdematerials durch den Krieg kommt so recht in den Überflüssen in den Hoppegartener und Grunewald-Verkaufsräumen zum Ausdruck. Auf der Bahn des Unionklubs wurden 76960 Mark und im Grunewald 74200 Mark an Überschüssen erzielt. Beide Summen stellen Rekordzahlen dar. Im Grunewald erzielte den weitaus größten Überschuß mit 10 100 Mark Obalste nach ihrem Siege im Preis von Winkelschloß. Die hohe Summe mußte ihr Stall zulegen, um die Sophistischer weiterhin im Stall behalten zu können. Das geringste Überangebot von 900 Mark erzielte Gauschrede. Die Bahn des Unionklubs konnte bei dem Verkauf von Schöne Wagon einen Überschuß von 11 000 Mark buchen. Am geringsten war hier der Überschuß bei dem Verkauf von Kondor, der nur mit 50 Mark Überangebot seinen Besitzer wechselte.

